

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsstelle: Klostergasse 20  
Telefon: 20 111  
Kontaktperson: Herr Schmidt

Druck: Druckerei 'Die Presse' Dresden  
Kontaktperson: Herr Müller

Abonnement: 1,20 M. pro Monat  
Kontaktperson: Herr Weber

## 25 Stimmen Mehrheit für Brüning

Misstrauensanträge mit 289:264 Stimmen abgelehnt - Die Wirtschaftspartei rettet wieder das Kabinett

### Auch die Anträge gegen die Minister abgelehnt

Berlin, 26. Februar. Nachdem im Reichstag gegen 5 Uhr die Aussprache beendet war, begannen die Abstimmungen.

Zunächst wird der Wahltermin der Reichspräsidentenwahl, der Regierungsvorlage entsprechend, für den ersten Wahlgang auf den 12. März, für den eventuell notwendig werdenden zweiten Wahlgang auf den 10. April festgelegt.

Die von den Nationalsozialisten, Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und Kommunisten eingebrachten Misstrauensanträge gegen die Reichsregierung wurden in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt.

Für diese Anträge stimmten mit den Antragstellern auch Landvolk und Sozialistische Arbeiterpartei. Alle übrigen Parteien stimmten dagegen. Bei der Deutschen Volkspartei nehmen außer den beurlaubten Abgeordneten Thiel, Dr. Schneider, Dresden, Schnee, Dauch, Kahl, Schulz und Glagel auch die Abgeordneten Dr. Curtius und v. Kardorff an der Abstimmung nicht teil.

Die Misstrauensanträge gegen den Reichswehrminister Groener wurden mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Der von den Deutschnationalen gegen den Reichsfinanzminister Dietrich gefasste Misstrauensantrag wurde mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die von den Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten beantragte Reichstagsauflösung wird mit 299 gegen 228 Stimmen abgelehnt.

### Bewegte Stunden vor der Entscheidung

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Februar. In den späten Abendstunden des Freitag ist die vierstägige Sitzungsperiode zu Ende gegangen. Die Regierung hat zwar kein Vertrauensvotum davongetragen. Sie hat sich mit der mit 25 Stimmen Mehrheit beschlossenen Ablehnung eines Misstrauensvotums begnügen müssen.

Zurückzuführen ist dieser parlamentarische Misserfolg auf die Tatsache, dass die Wirtschaftspartei zum ersten Mal und darüber hinaus auch die Deutsche Volkspartei nur zwei Drittel ihrer Fraktionsmitglieder in die Abstimmungsschlacht führen konnte.

Die Nationalsozialisten haben bereits nach den entscheidenden Abstimmungen geschlossen das Haus verlassen. Wir beteiligten uns an diesem Abschied nicht mehr, erklärte der Abgeordnete Straßer von der Tribüne des Reichstages. Das zurückbleibende Rumpfparlament hat dann aus Rücksicht auf die Abgeordneten, die freilich nur papiernen Wert haben.

Die Spernung der Polizeistatistik für Braunschweig wird schon im Reichsrat zu Fall kommen, und Herr Groener dürfte viel zu tun haben, als sich von seinem vielmehreren Reichswehrchef durch Parlamentsbeschluss abbringen zu lassen. Inzwischen wird die offizielle Erhebung Hitler zum nationalsozialistischen Präsidentschaftskandidaten vor sich gehen.

Die Lawine der nationalsozialistischen Wahlpropaganda rollt bereits über Deutschland. Wie wir hören, wird die Propaganda-Arbeit von 3000 Wahlrednern, von denen sich jeder zu mindestens fünf Reden verpflichtet hat, bestritten werden. Kennen der internen Verhältnisse der NSDAP, verfahren, das so etwas an Wahlkampf der Reichspartei, wohl in Deutschland noch nicht geliefert worden sei. Schon einige Tage früher hat der Wahlkampf des schwarz-weiß-roten Blocks eingeleitet, und auch die Hindenburg-Gruppen werden wohl aus der bisherigen Passivität zum aktiven Wahlkampf erwachen, der kurz, aber hart sein wird.

Das Kabinett Brüning, das in das politische Ergebnis der heutigen Entscheidung, bleibt also zunächst. Der Reichstag wird nicht aufgelöst. Die Notverordnungen bleiben, die Steuern bleiben. Kurz, es bleibt alles beim Alten. Die Finanzpolitik bleibt, — Gott sei es geklagt angesichts der Wiener Wende — auch die Außenpolitik bleibt. So wird der Kampf nun auf ein anderes Feld verlegt: in den Wahlkampf um die Präsidentschaft. Die Einzelheiten der restlichen Reichstags-Sitzung, die sich in einem endlosen Auf und Ab von Abstimmungen verwickelte, verdienen kein politisches Interesse mehr. Die Spannung ist gelöst. Das Ergebnis ist nicht anders, wie wir es erwartet haben. Neue Fraktionen müssen im Spiel der Innenpolitik eingebracht werden, ehe sich die Dinge ändern.

Im weiteren Verlauf der Debatte wandte sich der Abg. Dürke von der Wirtschaftspartei erneut gegen den Vorwurf, dass im Oktober die wirtschaftsparteilichen Stimmen von einer geldlichen Unterhänigkeit für die Deutsche Mittelstandsbank abhängig gemacht worden seien. Der damalige Präsidentschaftskandidat seiner Parteien, die sich heute für die Hindenburgwahl ausgesprochen haben, Dr. Marx vom Zentrum, verurteilte jene Vorwürfe zu empfinden, laut denen

er seinerzeit überaus heftige Angriffe gegen Hindenburg gerichtet habe. Auch jetzt seine

Wahlsicht dahin, die Zentrumspresse, die jetzt mit Recht und mit sehr lächelnden Reaktionen gegen Generalstaatsmarschall von Hindenburg zitiert wird, zu entlasten.

Nach einem kommunistischen Agitationsantrag, der verunglückte oberflächliche Vergleiche betraf und zu erregten Zusammenstößen mit dem obersten deutschen Nationalen Abg. Dr. Reiner führte, richtete der deutschnationalen Abg. Everling erneut heftige Angriffe gegen das Kabinett und gefasste insbesondere das Notverordnungsweien der Regierung Brüning.

Verur der nationalsozialistische Etat- und Finanzsachverständige Reinhardt das Wort ergreifend, erzwangen die Nationalsozialisten die

Überzeugung des Finanzministers Dietrich, der sich dann auch die heftige finanzpolitische Kritik des Opponenten mit anderen mußte. Eine außenpolitische Ritsade unternahm hierauf der deutschnationalen Abg. Dr. Spahn, der insbesondere die gefürchte

haltung der deutschen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz gefürchte

und bei dieser Gelegenheit mit dem Zentrum in heftige Auseinandersetzungen geriet. Noch einmal erhob sich ein Mitglied des Reichskabinetts in dem Verfahren, kurz vor der Abstimmung den Angriff der Opposition zum Stehen zu bringen. Der Reichsfinanzminister verteidigte die Einzelheiten der Bankenrestrukturierung und suchte es so darzustellen, als ob es mit unseren Finanzen doch immer noch ganz leidlich aussehe. Dann schloß die Aussprache. Es folgten die Abstimmungen. In einer Frage ist sich — man hat das bisher noch kaum jemals gesehen — das Haus völlig einig: Geschlossen von rechts bis links erhebt es sich, als die Wahltermine für die Reichspräsidentenwahl festgelegt werden.

(Reichstagsbericht siehe Seite 2)

### Curtius und von Kardorff aus der Fraktion ausgeschlossen

Berlin, 26. Februar. Nach Schluß der Plenarverhandlungen hielt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei eine kurze Sitzung ab, in der davon Kenntnis genommen wurde, daß die Abgeordneten Dr. Curtius und v. Kardorff an der Abstimmung über den Misstrauensantrag nicht teilgenommen haben und dadurch in Auswirkung des fraktionsabschlusses automatisch aus der Fraktion ausgeschlossen sind. Das Gerücht, daß Dr. Curtius sein Mandat niederlegen wolle, bestätigt sich nicht. Dr. Curtius soll Verlautbarungen anlässlich erklärt haben, daß die Organisation der Deutschen Volkspartei in seinem badischen Wahlkreis sein Verhalten billige.

Der Abg. Glagel, der sich ebenfalls hatte beurlauben lassen und von der Fraktion aus Rattow telegraphisch zurückberufen worden war, hat der Fraktion die Erklärung abgegeben, daß es ihm technisch zwar nicht mehr möglich gewesen sei, rechtzeitig zu den Abstimmungen zu erscheinen, daß er aber im Falle seiner Anwesenheit mit der Fraktion gestimmt haben würde. Ähnliche Erklärungen hatten die Abgeordneten Schneider (Dresden) und Kahl abgegeben.

### Wo bleibt unser Prestige?

Während der Reichstagsrede in seiner Reichstagsrede die ganze Ohnmacht der deutschen Außenpolitik offenbart, vollzieht sich um uns wieder ein Stückchen Weltgeschichte. Eine kurzfristige Reichstagsmehrheit ist entstanden, die nationalen Kräfte, die allein der deutschen Außenpolitik den notwendigen Rückhalt und die unentbehrliche Achtung im Ausland zu geben vermöchten aus engen, innerpolitischen Gesichtspunkten weiterhin von der Teilnahme an der Regierungsmacht auszuschließen. Unter diesen Umständen erleben wir in Genf wieder eine schwere Niederlage. Schritt für Schritt geht der neugeborene französische Ministerpräsident in der Sabotage des Abrüstungsabkommens vor. Während der deutsche Reichskanzler nach kurzem Wankspiel in Genf sich in Berlin mit allen nur erdenklichen dringenden und weniger dringenden Problemen abgibt, sitzt Tardieu die Zeit für Frankreich auf der Genfer Bühne. Das Kabinett, dem er angehört, wurde zwar über der innerpolitischen Frage der Wahlreform gestürzt. Tardieu reist für zwei Tage nach Paris, wird selbst Ministerpräsident und kehrt als solcher sofort nach Genf zurück, kaum daß er seine Regierungserklärung abgegeben hat, die jeden Verständigungswillen mit Deutschland jedes Abgeben von dem alten Standpunkt in der Tribut- und Abrüstungsfrage vermissen läßt. Nicht einmal die Abstimmung der Kammer wartet dieser härteste Verlecher des schärfsten Kurles gegen Deutschland ab. Er, unter dessen Ministerpräsidenten wir uns im Haag den Youngplan aufzwingen ließen, weiß nur zu gut, daß für ihn die beste Garantie für einen Kammerstieg das brutalste Vorgehen gegen jeden positiven Abrüstungsvorschlag in Genf ist. Ingleich erntet er die ersten Erfolge seines Lebenswerkes um England, das alle Unfreundlichkeiten der französischen Goldpolitik ebenso vergessen hat, wie die Tatsache, daß seine Weltstellung durch die bisherige Erfüllungspolitik erschüttert wurde, die den Weltmarkt ruinierte, aber Frankreich zur ersten Goldmacht emporhob. Im englischen Außenamt hält man es eben mit dem Wichtigen, und man misachtet ein Volk, das so beschreiben in der Vertretung seiner eigenen Lebensfragen ist, wie das deutsche.

Der entscheidende Vorstoß Tardieus bezweckt nicht weniger, als die politischen Sicherheitsfragen in den Vordergrund des Abrüstungskomplexes zu schieben. Mittlerweile weiß ja jedermann, was Frankreich damit im Schilde führt, nämlich jede Abrüstungsmaßnahme mit der Erklärung zu hinterziehen, daß seine Sicherheit nach seinem höchst subjektiven Empfinden eben noch nicht ausreichend garantiert sei. Im Deutschlands Sicherheit, das sich sogar von einem 2 Millionen zählenden Miniaturlandchen wie Litauen die unverkürzten Provokationen fühl und gebührend gefallen lassen muß, kümmert sich kein Mensch. Der Reichskanzler lehnt es in dem Reichstag ja auch ab, „Prezidentenpolitik“, wie er eine energische Politik nennt, zu treiben oder mit „vorsichtigen Restriktionsmaßnahmen zu reagieren“. Eine solche, seit dem Altertum allein erfolgreiche Politik überlassen wir Tardieu, der uns über ihren Erfolg ja den besten Anknüpfungspunkt in Genf gibt. Wie hat sich dieser Mann ins Zeug gelegt, als er den scharfen Widerstand Italiens, Amerikas, der Türkei, Ostlands und schließlich auch Deutschlands spürte. Und es gelang ihm, den Widerstand zu brechen. Er und sein Freund, der englische Außenminister, wissen, daß Deutschland der Punkt des geringsten Widerstandes ist. Also richtet man einen Appell an den deutschen Vertreter, seinen Einspruch in diesem entscheidenden Punkt der Abrüstungskonferenz lassen zu lassen, um einen „Beweis des guten Willens zur Zusammenarbeit“ zu bringen, damit „eine Atmosphäre der Verständigung“ entsteht. Welch verkehrte Welt! Nicht an uns, sondern wahrhaftig an dem schwergerüsteten Frankreich ist es, in Genf Beweise des guten Willens zu erbringen und keine Atmosphäre der Verständigung unter den bereits abgerückten Staaten aufkommen zu lassen. Nichtsdestoweniger bringt es Deutschland fertig, keine Zustimmung zu dem französischen Verlangen zu geben, das praktisch den endgültigen Verzicht auf die Abrüstung der bewaffneten Mächte bedeutet. Nach diesem politischen Charakter des Herrn Radoln, heißt es im Verhandlungsbericht ebenso nüchtern wie sprechend, „machten im Hinblick auf die Haltung Deutschlands die Vertreter der Staaten, die ursprünglich den politischen Ausgleich abgelehnt hatten keine weiteren Bedenken geltend“. Deutschland als Sturmbock der französischen Abrüstungsabotage, dieses Ansehen vollbracht zu haben, ist wohl der größte Triumph des Herrn Tardieu.

Es handelt sich nicht nur darum, daß Herr Radoln dazu bergab Frankreich bei der effektivsten Torpedierung der feierlichen Abrüstungsverpflichtungen des Versailler Vertrages und der Völkerbundstatuten, ja darüber hinaus aller dickeren Abrüstungsvorschläge, einschließlich seiner eigenen, die Hand zu legen schlimmer noch wegen die Folgen. Der Glaube an den Wert der deutschen Bundesgenossenschaft in jeder anderen politischen Frage wird durch ein solches Verhalten völlig zerstört. Wenn Deutschland Widerstandskraft selbst in einer Verhandlung erlähmt, wer wird künftig an seine Widerstandskraft in anderen Fragen

e  
Seite 5  
21458